



LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

15. Oktober 2019

CDU-Juristen fordern: Härtere Strafen für Beleidigungen im Netz

Nach dem Attentat von Halle fragte der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt Dr. Reiner Haseloff „Welcher Geist ist in unserer Gesellschaft? Was haben wir zugelassen, was tolerieren wir, was bagatellisieren wir - bis in die Anwendung des Strafrechts?“

Diese Fragen können am Tatbestand der Beleidigung beantwortet werden. Die persönliche Ehre wurde zunehmend vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit verdrängt. So müssen sich Richter mit Roland Freisler vergleichen lassen, bei Polizeibeamten wurden Ausdrücke wie „Ausländerhasser“ oder „Methoden der SS“ gebilligt. Und bei politischen Diskussionen gibt es nach Ansicht des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte kaum Spielraum für Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung. Hier werden sogar Ausdrücke wie „Drecksschlampe“ akzeptiert.

Diese Tendenz muss nach Ansicht des LACDJ Baden-Württemberg für Äußerungen in den Medien gestoppt werden. Ein erster Schritt in diese Richtung ist eine Verschärfung des Strafrahmens für beleidigende Äußerungen im Netz, die von einer Vielzahl von Menschen wahrgenommen werden können. Der Strafrahmen des § 185 des Strafgesetzbuches (StGB), Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe, stammt aus einer Zeit, in der es noch kein Internet gab.

Darüber hinaus darf die Strafverfolgung für derartige Taten nicht von einem Strafantrag abhängig gemacht werden. In diesen Fällen muss die Staatsanwaltschaft von Amts wegen einschreiten. Es kann nicht sein, dass jeder Bürger, gleich ob Schüler oder Rentner, auf seine Kosten versuchen muss, den meist anonym handelnden Täter zu ermitteln.

„Unsere Gesellschaft hat sich verändert. An vielen Stellen ist eine Verrohung zu beobachten. Dieser Entwicklung müssen wir entgegentreten“, erklärte der Vorsitzende des LACDJ Baden-Württemberg Dr. Alexander Ganter.

Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von Juristen des Landes, die Mitglieder der CDU sind oder dieser nahe stehen und deren Programm und Ziele zu fördern bereit sind. Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Es findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen wie Richter, Staats- und Rechtsanwälte sowie Unternehmensjuristen und Beamte im Land wieder.